

A1: Schaffung eines Gremiums zur Bekämpfung von sexistischer und sexueller Gewalt in der JUSO Schweiz und den Sektionen

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 19. November 2022 in Basel (BS)

Die JUSO Schweiz schafft ein neues Gremium, welches Mitglieder der JUSO Schweiz, die Opfer oder Zeugen von sexistischer und sexueller Gewalt sind, unterstützt und schützt und befugt ist die notwendigen Konsequenzen für die Partei und die Mitglieder zu ziehen.

Das Ziel dieses Gremiums ist, Mitglieder der JUSO Schweiz zu schützen und zu unterstützen, die Opfer von sexistischer und sexueller Gewalt bei Veranstaltungen der JUSO Schweiz oder ihrer Sektionen werden. Ebenso bei anderen Veranstaltungen, an denen Mitglieder der JUSO Schweiz oder ihrer Sektionen beteiligt sind.

Die Geschäftsleitung schlägt der Jahresversammlung die notwendigen Statutenänderungen vor.

Begründung:

Die Juso Schweiz, ihre Sektionen und Mitglieder existieren und bewegen sich in einem patriarchalen System, gegen das wir aktiv ankämpfen. Dennoch sind auch wir selbst nicht von sexistischen Handlungen, Gewohnheiten und informellen Strukturen verschont. Das anzuerkennen ist der erste Schritt, um sie zu bekämpfen.

So ist sexistische und sexuelle Gewalt auch in unserer Partei eine Realität. Bisher wird diese von den Sektionen selbst oder mit Hilfe der Geschäftsleitung behandelt, was für diesen eine erhebliche Arbeitsbelastung bedeutet. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Mehrheit der Vorfälle weder gemeldet noch behandelt werden, wenn schon sie für die Betroffenen erhebliche Folgen haben. Diese können von Vermeidungsstrategien über tiefe Traumata bis hin zum Entscheid, sich nicht mehr in der JUSO zu engagieren, reichen.

Wir müssen mehr tun, um die Räume der JUSO und ihrer Mitglieder zu schützen. Wir müssen den Grundsatz der Gleichbehandlung gewährleisten und eine einheitliche Linie im Umgang mit verschiedenen Situationen verfolgen und wir müssen einen klar definierten, offen kommunizierten Ort bieten, wo Betroffene Gewalt-Situationen melden können, damit diese Situationen in Zukunft besser bewältigt werden können.

Deshalb schlagen wir vor, ein Gremium zu schaffen, das die Aufgabe hat, mit Situationen

sexistischer und sexueller Gewalt umzugehen, die bei Veranstaltungen der JUSO Schweiz oder ihrer Sektionen passieren oder in die Mitglieder der JUSO Schweiz oder ihrer Sektionen involviert sind. Dieses Gremium soll kein Ersatz für Trust-Teams oder professionelle psychologische Unterstützung sein. Es kann punktuell tätig werden, wenn es darum gebeten wird. Die Details seiner Funktionsweise müssen in den nächsten Monaten noch von der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Dieser Prozess wird seine Zeit brauchen: Er erfordert sicherlich viele Gespräche mit Fachleuten, die Ausarbeitung eines Reglements und der Verfahren sowie die Schulung der beteiligten Personen. Es ist auch möglich, dass wir Fehler machen, auch wenn wir alles daransetzen werden, diese zu vermeiden: Es ist das erste Mal, dass die JUSO Schweiz eine solche Struktur aufbaut, und es gibt kein ähnliches Modell in den anderen nationalen Parteien. Aber wir sind überzeugt, dass das der einzig richtige Weg ist.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

A2: Die Positionspapiere und Resolutionen nutzen

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 19. November 2022 in Basel (BS)

Antragsstellende: Elisa Moret (JSVR), Benoît Moret (JSVR), Kelmy Martinez (JSV), Julien Berthod (JSVR), Alexandre Bochatay (JSVR)

Dieser Antrag geht von einer Feststellung nach mehreren Jahren der Teilnahme an den DVs/JVs aus: Die Positionspapiere und Resolutionen der JUSO Schweiz werden sehr wenig genutzt, obwohl ihre Ausarbeitung einen beträchtlichen Einsatz erfordert.

Wir sind uns sicher bezüglich des grossen Aufwands einig, der das Verfassen und Verabschieden von Positionspapieren/Resolutionen erfordert. Es benötigt enorme Arbeit seitens der GL (Recherchen, Schreiben, Korrekturen, Übersetzungen, Vorbereitung von Redebeiträgen usw.) und seitens der Basis (Änderungsanträge, Suche nach Mitunterzeichner*innen, Schreiben, Recherchen, Reisen/Anwesenheit bei DVs/JVs, Vorbereitung von Redebeiträgen, Übersetzungen, Korrekturen usw.). Dabei handelt es sich um Dutzende und Aberdutzende von Arbeitsstunden. Außerdem beanspruchen diese Papiere einen Grossteil unserer Zeit bei den DVs/JVs.

Es geht hier keineswegs darum, die Notwendigkeit dieser Papiere in Frage zu stellen, ganz im Gegenteil, wir halten sie für unverzichtbar, um unsere parteipolitische Linie zu definieren.

Dennoch finden wir, dass der Aufwand im Verhältnis zur Verwendung unverhältnismässig ist. Denn diese Papiere (die einen beträchtlichen Teil unserer Zeit beanspruchen) werden lediglich von einem Teil der Delegierten gelesen und geprüft, dann auf die Internetseite der JUSO Schweiz gestellt (und danach nur sehr wenig oder gar nicht mehr konsultiert). Das ist unserer Meinung nach wenig effizient.

In Anbetracht des Aufwands, der dahinter steckt, schlagen wir folgendes vor:

- Eine klare Kommunikation rund um die Positionspapiere und Resolutionen in den sozialen Medien (wie es beim Positionspapier zu Europa bereits gemacht wurde), sowie auf der Website der JUSO Schweiz
- Die Berücksichtigung dieser Positionen beim Verfassen neuer Positionspapiere/Resolutionen, Medienmitteilungen, Socialmedia Beiträge oder anderer externer Kommunikation.
- Die Verwendung dieser Positionen/Forderungen der JUSO Schweiz, um daraus ein Parteiprogramm zu machen
- Das systematische Zusenden der Positionspapiere an die SP-Nationalrät*innen und deren aktive Vermittlung bei der SP-Fraktion des National- und Ständerates.

Die Annahme dieses Antrags würde Folgendes bewirken :

- Die Wertschätzung unserer Arbeit
- Eine bessere Mobilisierung der Delegierten (sie werden eher Zeit in das Schreiben

- von Resolutionen investieren, wenn sie wissen, dass diese verwendet werden)
- Vermeidung dass sich die Delegierten, die sich bereits in diesen Prozessen engagieren entmutigt fühlen (einige Delegierte könnten demotiviert werden, wenn sie sehen, dass die geleistete Arbeit nicht sehr nützlich ist)
 - Der Entwurf eines Programms, was für eine politische Partei unerlässlich ist
 - Klarheit über unsere politische Linie für unsere Wähler*innen, aber auch für zukünftige Aktivist*innen, die sich uns anschließen möchten
 - Eine bessere Berücksichtigung der Meinung der Basis, da die schriftliche Kommunikation der GL in dringenden Fällen zwischen den DVs/JVs (bei Kriegen, besonderen Krisen usw.) so nah wie möglich an den Resolutionen/ Positionspapieren und damit an der Meinung der Basis erfolgen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

A3: Für ein Informationspapier zum Selbstschutz aller Mitglieder

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 19. November 2022 in Basel (BS)

Antragsstellende: Anna Maria Mathis (JUSO Obwalden), Arsena Odermatt (JUSO Zug), Dario Bellwald (JUSO Obwalden), Jana Kürzi (JUSO Zug), Kilian Teubner (JUSO Obwalden), Mario Huber (JUSO Luzern), Mahthri Yuthamanyu (JUSO Zug)

1. Weshalb Bildung zum Selbstschutz nötig ist

Die JUSO Schweiz ist die aktivste und grösste Jungpartei in der Schweiz. Auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene werden stetig verschiedene Aktionen durchgeführt, um auf aktuelle Thematiken und Probleme Aufmerksamkeit zu lenken. Dabei wird auf diverse Aktionsformen gesetzt, manche legaler als andere. Bei genauerer Betrachtung wird einem schnell klar, dass in gewissen Sektionen ein professionellerer Umgang mit Aktionen im gesetzlichen Graubereich gepflegt wird als in anderen. Dies ist oftmals eine Frage des Know-Hows. Je mehr Wissen über die gesetzliche Ausgangslage und Antirep vorherrscht, desto professioneller können die Aktionen geplant werden und desto besser kann man auf allfällige, ungeplante Vorfälle während der Aktionen reagieren.

Aufgrund von fehlendem Wissen können die Sektionen und ihre Mitglieder auch in Gefahr laufen, ungewollt in legalen Grauzonen zu agieren. Daraus resultieren rechtliche Konsequenzen für Einzelpersonen oder Sektionen, ohne dies beabsichtigt zu haben. Überdies kann die Unwissenheit auch dazu führen, dass man sich nicht genügend gegen potenzielle Polizeirepression schützt.

Meist in kleineren oder auch ländlichen Sektionen fehlen die oben genannten Kenntnisse weitestgehend. Falls solche Kenntnisse doch vorhanden sein sollten, besteht die Gefahr, dass bei grösseren Wechseln innerhalb der Vorstände dieses Wissen für die nächste Generation verloren geht - wie dies in der Vergangenheit schon öfter der Fall war. Mit einem Informationspapier über Antirep und die rechtliche Ausgangslage könnte man gleich beiden Gefahren entgegenwirken. Bestehendes Wissen, welches in der JUSO vorhanden ist, würde zusammengetragen und allen Mitgliedern zur Verfügung stehen. Dies ist ressourcenschonend, da Sektionen, die nicht über dieses Wissen verfügen, keine Energie in die Erarbeitung des Wissens stecken müssten. Zusätzlich kann bereits vorhandenes Wissen ergänzt und die Qualität der Informationen gesteigert werden. Darüber hinaus kann man so auch einem Informationsverlust vorbeugen. Ein solches Papier liesse die Mitglieder und die Sektionen bei Aktionen und Demonstrationen sicherer agieren. Das vermittelte Wissen würde auch zum Selbstschutz beitragen. Daher ist klar,

dass wir mit einem Informationspapier die einzelnen Sektionen und somit die gesamte JUSO stärken könnten.

2. Inhaltlicher Rahmen für das Informationspapier

Wir fordern von der Geschäftsleitung, dass sie mit Hilfe von Mitgliedern mit einem hohen Wissensstand in den Bereichen Antirep und der rechtlichen Ausgangslage ein Informationspapier zusammenstellt. Dieses Papier soll mindestens folgende Punkte beinhalten:

- Eine Liste von Straftaten, welche bei Aktionen oder Demonstrationen oft begangen werden können
- Deren rechtlichen Konsequenzen mit ungefährem Mindest- und Höchststrafmass
- Eine Liste mit Dingen, welche die Polizei tun darf und welche nicht
- Tipps und Tricks zur Verminderung des Strafmasses
- Kontaktdaten von Antirep-Anlaufstellen

Dieses Papier soll nach der Ausarbeitung den Mitgliedern der JUSO Schweiz zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

A4: Antrag der Projektgruppe Strukturreform

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 19. November 2022 in Basel (BS)

Antragssteller*innen: Tanja Blume (JUSO Emmental), Anna Miotto (JUSO Wil Toggenburg), Anna Luna Frauchiger (JUSO Stadt Zürich), Léo Tinguely (JS Fribourg), Dario Bellwald (JUSO Obwalden), Silvan Häseli (JUSO Basel Stadt)

Die "Projektgruppe Strukturreform" wird damit beauftragt, die Diskussionsgrundlagen für eine umfassende Reform der Strukturen der JUSO Schweiz zu schaffen und betreibt dafür Recherche und holt die Bedürfnisse der verschiedenen Interessensgruppen ab."

Begründung: Die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz nimmt eine Strukturreform in Angriff. Dazu haben sie die "Projektgruppe Strukturreform" ins Leben gerufen. Die Gruppe besteht aus Anna Luna Frauchiger (sie), Tanja Blume (sie), Léo Tinguely (er), Dario Bellwald (er), Silvan Häseli (er) Anna Miotto (sie) und einer weiteren Person aus der lateinischen Schweiz, welche noch definiert werden muss. Die Gruppe ist über die Geschäftsleitung bereits basisdemokratisch legitimiert. Wir möchten aber Transparenz schaffen und alle Mitglieder über dieses Projekt informieren. Mit diesem Antrag möchten wir ermöglichen, dass ihr uns die Verantwortung zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Strukturreform der JUSO Schweiz übergeben.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme